



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

ich hoffe, Sie und Ihre Familien hatten bislang eine besinnliche Adventszeit. In Berlin ist die letzte Sitzungswoche im Jahr 2016 zu Ende gegangen. Politisch war es ein ereignisreiches Jahr. Themen wie Brexit, der Krieg in Syrien und die Flüchtlingskrise werden uns auch im kommenden Jahr noch begleiten. In dieser Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie unter anderem über den ernährungspolitischen Bericht 2016, über die Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung und den EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für 2017 alles Gute!

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Ernährungspolitischer Bericht 2016](#)
2. [Kerntechnische Entsorgung](#)
3. [Fortsetzung deutscher Einsätze im Ausland](#)
4. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Ernährungspolitische Bericht

In der vergangenen Sitzungswoche hat die Bundesregierung ihren Bericht zur Ernährungspolitik, Lebensmittel und Produktsicherheit – gesunde Ernährung, sichere Produkte –kurz Ernährungspolitische Bericht 2016- dem Deutschen Bundestag vorgestellt. In ihrem täglichen Leben betrifft die Menschen kaum ein anderes Thema so unmittelbar wie das der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von sicheren, gesunden und genussvollen Lebensmitteln. Der vorliegende Bericht zeigt für den Zeitraum 2013-2017 die Grundlagen, Ziele und Maßnahmen der Politik der Bundesregierung im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sowie bei den weiteren mit dem Thema Ernährung verbundenen Fragestellungen auf. Im Lebensmittel- und Ernährungsbereich befaßt sich die Bundesregierung vor allem mit folgenden Themen:

- Ernährungssicherung: einen Beitrag zu leisten, die Ernährung der Menschen in Deutschland, Europa und in der Welt zu sichern,*
- Lebensmittelsicherheit: zu gewährleisten, daß von Lebensmitteln, inklusive Trinkwasser, Futtermitteln und Lebensmittelbedarfsgegenständen keine gesundheitlichen Gefährdungen ausgehen,*
- Schutz vor Irreführung: die Verbraucher vor Täuschung und Irreführung zu schützen und die Transparenz in Bezug auf Produkt- und Prozessqualitäten von Lebensmitteln zu fördern,*
- Nachhaltigkeit im Konsum: einen nachhaltigen Konsum zu unterstützen, die Wertschätzung von Lebensmitteln zu erhöhen und Lebensmittelverschwendung zu verringern,*
- Ernährungsbildung und Ernährungsinformation: die Ernährungs- und Lebensmittelkompetenz der Bevölkerung zu stärken sowie*
- Ernährungsprävention: die Menschen zu einem gesundheitsförderlichen und ausgewogenen Lebensstil zu motivieren.*

Es ist eine große Herausforderung, diese Aufgaben in den kommenden Jahren zu bewältigen. Die Weltbevölkerung wird bis 2050 von derzeit sieben auf voraussichtlich über neun Milliarden Menschen wachsen. Die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung erhält damit eine neue Dimension. Der Anspruch jedes Menschen, Zugang zu sicheren Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser zu haben, ist eine globale Grundforderung. Doch es wird zunehmend anspruchsvoller, dieser Forderung gerecht zu werden. Denn die Wege der Lebensmittel vom Acker oder Stall bis zum Teller der Verbraucher werden immer globaler und verzweigter. Zudem haben demografische und ökonomische Entwicklungen erhebliche Auswirkungen auf die Sicherung der Ernährung und die Sicherheit von Lebensmitteln. Eine zeitgemäße und in die Zukunft gerichtete

Ernährungspolitik muß nicht nur ausreichende und gesundheitlich unbedenkliche Nahrung für eine stetig wachsende Weltbevölkerung sichern. Sie muß auch einen zweiten Bereich stärker in den Blick nehmen: die Förderung einer ausgewogenen Ernährungsweise und eines gesundheitsförderlichen Lebensstils. Die Zahl der Menschen mit Übergewicht und Adipositas steigt weltweit rapide an. 45 Prozent der Länder sind gleichzeitig von Unterernährung und von Übergewicht bzw. Adipositas betroffen. Auch in Deutschland bestimmen falsche Ernährungsgewohnheiten und mangelnde Bewegung den Alltag vieler Menschen. Das führt häufig zu schweren gesundheitlichen Folgen. Übergewicht, Fehlernährung und durch Ernährung mitbedingte Krankheiten zu verringern ist daher eine der größten gesundheits- und ernährungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Gleichzeitig ist die Art und Weise der Ernährung für immer mehr Menschen Ausdruck ihres persönlichen Lebensstils und Spiegel individueller Wertvorstellungen. Damit einhergehend wachsen nicht nur die Ansprüche der Verbraucher an Vielfalt, Qualität und den Gesundheitswert von Lebensmitteln kontinuierlich. Ein immer stärkeres Interesse gilt auch den sozialen, ökologischen und ethischen Aspekten der Lebensmittelproduktion. Die Politik muß daher in geeigneter Weise auf die immer komplexeren Informationsbedürfnisse der Verbraucher reagieren. Die Debatte um nachhaltige Produktions- und Konsummuster gewinnt im Kontext der Ernährungssicherung, des Ressourcen- und des Umweltschutzes national wie international an Bedeutung. Insbesondere in den Industrieländern wandern zu viele genießbare Lebensmittel in den Müll – so auch in Deutschland. Es muß daher verstärkt darüber diskutiert werden, wie mit Lebensmitteln bewußter und ressourcenschonender umgegangen werden kann. Anders als noch vor wenigen Jahren ist die Ernährungspolitik mit diesen Themen nicht mehr nur ein Teilaspekt der allgemeinen Verbraucherpolitik. Die Ernährungspolitik hat sich – über den gesundheitlichen Verbraucherschutz hinaus – zu einem eigenständigen Politikfeld mit bedeutender internationaler Dimension entwickelt. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat zu Beginn des Jahres 2016 einen Dialog auf breiter Basis, den „Grünbuch-Prozess“, gestartet. Bürgerinnen und Bürger, Verbände bis hin zu Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen sind eingeladen, ihre Vorstellungen über die Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland zu äußern. Neben Themen wie Nachhaltigkeit, Tierwohl und moderne Landwirtschaft stehen eine gesunde Ernährung, die Welternährung und die Wertschätzung von Lebensmitteln im Fokus der Dialoge. Am Ende dieses Prozesses steht das „Grünbuch Ernährung Landwirtschaft“, das die Leitlinien des Bundesministers für die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in den kommenden Jahren vorstellen wird.

2. Kerntechnische Entsorgung

In der vergangenen Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag über den gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung beraten. Der Ausstieg aus der Kernenergie zur

Stromerzeugung hat die Bedingungen für die Entsorgung des radioaktiven Abfalls grundlegend verändert. Zum einen ist die Menge des radioaktiven Abfalls gegenüber den Zeiten des unbefristeten Betriebs genauer kalkulierbar und begrenzt. Zum anderen verkürzen sich mit der Begrenzung der Laufzeiten der Kernkraftwerke auch die Zeiträume, in denen für die finanzielle Vorsorge zur Entsorgung von hoch- sowie schwach- und mittelradioaktiven Abfällen Vermögenswerte erwirtschaftet werden können. Dies hat Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Betreiber der Kernkraftwerke. Gemäß Atomgesetz sind die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung des von ihnen erzeugten radioaktiven Abfalls einschließlich der Endlagerung zu tragen. Diese Kosten werden in einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten anfallen, weshalb die Bundesregierung bereits am 14. Oktober 2015 die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstieges (KFK) beschlossen hat. Die KFK sollte prüfen, wie die Sicherstellung der Finanzierung der Stilllegung und des Rückbaus der Kernkraftwerke sowie der Entsorgung der radioaktiven Abfälle so ausgestaltet werden kann, daß die Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen. Mit dem am 27. April 2016 veröffentlichten – einstimmig beschlossenen – Abschlussbericht hat die KFK diesen Auftrag erfüllt und schlägt vor, daß die Pflicht zur Sicherung der Finanzierung der Entsorgungskosten und die Pflicht zur Handlung in der Kette der kerntechnischen Entsorgungsschritte jeweils in einer Hand gebündelt werden sollen. Die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung soll in der Hand des Staates liegen; die Finanzierungslast soll durch die Unternehmen dadurch getragen werden, dass sie liquide Mittel in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen, in dem die Verfügbarkeit der Mittel durch den Staat gesichert wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf ordnet die Verantwortlichkeiten im Bereich der kerntechnischen Entsorgung neu. Dabei führt er in allen Bereichen der kerntechnischen Entsorgung die Handlungsverantwortung und die Pflicht zur Finanzierungssicherung zusammen. Künftig hat derjenige die finanzielle Sicherungspflicht, der auch die Pflicht zur Handlung in der Kette der kerntechnischen Entsorgung hat. Im Konkreten bedeutet dies, daß die Betreiber der Kernkraftwerke auch zukünftig für die gesamte Abwicklung und Finanzierung der Bereiche Stilllegung, Rückbau und fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle zuständig sind. Für die Durchführung und Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung wird hingegen zukünftig der Bund in der Verantwortung stehen. Die finanziellen Mittel für die Zwischen- und Endlagerung werden dem Bund von den Betreibern zur Verfügung gestellt. Dazu werden die Betreiber verpflichtet, einen Betrag von 17,389 Milliarden Euro in den mit diesem Gesetz zu errichtenden Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung einzuzahlen.

3. Fortsetzung deutscher Einsätze im Ausland – Afghanistan und Sudan

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Sitzungswoche der Fortsetzung und Ergänzung zweier Einsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte bis zum 31. Dezember 2017 im Ausland zugestimmt.

Hierbei handelt es sich zum einen um den Einsatz zur Entwicklung und Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte. Auftrag der Mission Resolute Support bleibt es, die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu befähigen, ihrer Sicherheitsverantwortung nachzukommen. Dazu bildet die Bundeswehr Sicherheitskräfte auf ministerieller und nationaler Ebene aus. Bei den afghanischen Sicherheitskräften und den afghanischen Sicherheitsinstitutionen sind Fortschritte in der Ausübung ihrer Sicherheitsverantwortung erkennbar, dennoch sind diese noch nicht ausreichend. Mit der fortgesetzten Beteiligung an der Mission Resolute Support können die Voraussetzungen für stabile und nachhaltige Strukturen auf afghanischer Seite verbessert werden.

Ebenfalls verlängert wurde der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Sudan. Trotz umfangreicher Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, den Konflikt in der Region Darfur beizulegen, ist es bisher nicht gelungen, einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden zu etablieren. Es kommt nach wie vor sowohl zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Rebellengruppen und staatlichen Streitkräften als auch zu Gewalt zwischen verschiedenen Ethnien.

Die humanitäre Lage bleibt äußerst prekär. Im Sudan sind 5,8 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, über 2 Mio. Menschen sind mangelernährt und 2 Mio. Kinder unter 5 Jahren akut unterernährt. In Darfur leben 2,6 Mio. Binnenvertriebene. Die Menschenrechtslage hat sich auch im Jahr 2016 nicht signifikant verbessert. Weiterhin kommt es zu massiver Gewaltanwendung, Entführung von Zivilpersonen, Rechtsverletzungen und Missbrauchs- und Gewalthandlungen an Frauen und Kindern sowie willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen. Die anhaltende Gewalt in Darfur wirkt sich nachteilig auf die Stabilität ganz Sudans sowie der Region aus.

Die Mission bleibt bis auf weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und ist zur Begleitung der politischen Bemühungen unverzichtbar. Priorität haben aktuell der Schutz von Zivilpersonen, die Erleichterung der Bereitstellung humanitärer Hilfe und die Sicherheit des humanitäre Hilfe leistenden Personals, die Vermittlung zwischen der Regierung Sudans und den bewaffneten Bewegungen sowie zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen.